

Esther Dorn-Fellermann

# **Zivilgesellschaftliches Engagement durch Community Radios**

Chancen und Grenzen partizipativer  
Medienarbeit in Südafrika

HERBERT VON HALEM VERLAG

Für Jörg

Die vorliegende Arbeit wurde 2014 von der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte  
bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Esther Dorn-Fellermann  
*Zivilgesellschaftliches Engagement durch Community Radios.  
Chancen und Grenzen partizipativer Medienarbeit in Südafrika*  
Köln: Halem, 2017

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung  
sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner  
Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne  
schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung  
elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet,  
vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2017 Herbert von Halem Verlag, Köln

Zuerst erschienen im UVK Verlag, Konstanz, 2015 (978-3-86764-647-5)

978-3-7445-1037-0 (Print)  
978-3-7445-1039-4 (ePDF)

Herbert von Halem Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Schanzenstr. 22, 51063 Köln  
Tel.: +49(0)221-92 58 29 0  
E-Mail: [info@halem-verlag.de](mailto:info@halem-verlag.de)  
URL: <http://www.halem-verlag.de>

# INHALT

Abkürzungen .....	8
<b>Einleitung</b> .....	<b>11</b>
<b>1 Zivilgesellschaftliches Engagement durch Medien</b> .....	<b>15</b>
1.1 Zivilgesellschaft: Problematik des Konzepts .....	17
1.1.1 Versuch einer Begriffsabgrenzung .....	19
1.1.2 Zugänge zum Konzept Zivilgesellschaft .....	33
1.2 Medien in demokratischen Zivilgesellschaften .....	39
1.2.1 Zur Rolle der Medienakteure.....	41
1.2.2 Zur Bedeutung der Medienkommunikation für gemeinschaftliches Handeln.....	46
1.2.3 Definition: Zivilgesellschaftliches Engagement durch partizipative Medien .....	49
<b>2 Radio als partizipatives Medium</b> .....	<b>51</b>
2.1 Theoretische Zugänge zum Medium Radio.....	52
2.1.1 Merkmale eines akustischen Mediums.....	52
2.1.2 Medien- und gesellschaftskritische Ansätze in der Radiotheorie .....	64
2.1.3 Demokratierelevante Merkmale des Radios.....	74
2.2 Das Medium Radio in sich wandelnder Medienumgebung.....	79
2.2.1 Veränderte Rezeption der Radioangebote .....	84
2.2.2 Soziale, kulturelle und politische Funktionen des Radios .....	90
2.2.3 Programmelemente und Programmstruktur.....	96
2.3 Entwicklung eines alternativen Radioverständnisses .....	101
2.3.1 Das Entstehen einer Gegenöffentlichkeit .....	102
2.3.2 Nichtkommerzielle Radioprogramme .....	105
2.3.3 Erste Community Radios auf dem afrikanischen Kontinent .....	108

2.4	Das Community-Radio-Konzept .....	112
2.4.1	Der Gemeinschaftsbegriff .....	114
2.4.2	Idealtypus und Merkmale von Community Radios .....	116
2.4.3	Community Radios als Orte der politischen Bildung .....	119
2.4.4	Nachhaltigkeit als besondere Herausforderung .....	120
<b>3</b>	<b>Zivilgesellschaftliches Engagement in der südafrikanischen Transformation</b> .....	<b>123</b>
3.1	Zivilgesellschaftliche Akteure in den Transformationsphasen .....	123
3.1.1	Gewerkschaften .....	125
3.1.2	Nichtregierungsorganisationen .....	126
3.1.3	Kirchen .....	127
3.1.4	Rundfunk und Printmedien .....	128
3.2	Zivilgesellschaftliches Engagement in den Konsolidierungsphasen .....	131
3.2.1	Konstitutionelle und integrative Konsolidierung .....	132
3.2.2	Repräsentative Konsolidierung .....	135
3.2.3	Zivilkulturelle Konsolidierung .....	138
3.3	Transformation des südafrikanischen Mediensystems .....	145
3.3.1	Legislative und strukturelle Ebene der Transformation .....	147
3.3.2	Ökonomische Rahmenbedingungen .....	149
3.3.3	Medienpolitische Rahmenbedingungen: Staat und Machteliten .....	152
3.4	Zwischenfazit .....	156
<b>4</b>	<b>Radio in Südafrika: Die Rahmenbedingungen</b> .....	<b>159</b>
4.1	Mediennutzung in Südafrika .....	160
4.2	Die drei Säulen des südafrikanischen Rundfunksystems .....	163
4.2.1	Public Service Broadcasting: die SABC .....	164
4.2.2	Kommerzieller Rundfunk in Südafrika .....	171
4.2.3	Community Radios als dritte Säule .....	175
<b>5</b>	<b>Zivilgesellschaftliches Engagement durch Community Radios</b> .....	<b>187</b>
5.1	Fragestellung und methodisches Vorgehen .....	188
5.1.1	Die Gruppendiskussion: Verfahren und Durchführung .....	193
5.1.2	Interviews und Strukturanalyse: die Untersuchungskategorien .....	194
5.1.3	Die Untersuchungsregion: das Eastern Cape .....	214

5.2	Ergebnisdarstellung der Gruppendiskussion .....	216
5.2.1	Community und Community Radio zwischen Ideal und Realität ..	217
5.2.2	Das Dilemma mit dem freiwilligen Engagement .....	222
5.2.3	Verantwortung für die Umsetzung des Community-Radio-Konzepts .....	225
5.3	Strukturanalyse der untersuchten Radiostationen.....	228
5.3.1	Khanya.fm .....	229
5.3.2	Kowie.fm.....	237
5.3.3	Link.fm .....	248
5.3.4	Mdantsane.fm .....	256
5.3.5	RhodesMusicRadio .....	262
5.4	Auswertung der Interviews .....	272
5.4.1	Entscheidungs- und Arbeitsprozesse: Partizipative Strukturen .....	274
5.4.2	Zugang, Repräsentation und Finanzierung: Transparente Strukturen.....	283
5.4.3	Vermittlung von Medienkompetenz.....	291
5.4.4	Bildung, Unterhaltung, Information: Umsetzung des Programmauftrags .....	298
5.4.5	Lokalität und Sprache: Bezug zur Community .....	307
<b>6</b>	<b>Chancen und Grenzen partizipativer Medienarbeit in Südafrika .....</b>	<b>317</b>
6.1	Herausforderungen bei der Umsetzung.....	318
6.1.1	Zwischen öffentlichem und privatem Rundfunk .....	319
6.1.2	Finanzielle, soziale und institutionelle Nachhaltigkeit .....	321
6.1.3	Inhaltliche und finanzielle Unabhängigkeit.....	323
6.1.4	Das Community-Verständnis .....	324
6.2	Chancen zur Demokratisierung durch Community Radios .....	326
6.2.1	Zwischen Interaktion mit Medieninhalten und Partizipation im oder durch das Medium Radio.....	327
6.2.2	Erwerb von Schlüsselkompetenzen .....	329
6.3	Grenzen des Community-Radio-Konzepts.....	331
<b>7</b>	<b>Schlussbetrachtung und Ausblick .....</b>	<b>333</b>
<b>Anhang</b>	<b>.....</b>	<b>339</b>
	Liste der Interviewpartner .....	339
	Interviewleitfaden.....	339
	Living Standard Measure (LSM) South Africa, Juni 2011 .....	342
	Eastern Cape Index of Multiple Deprivation 2001 .....	343
	Literatur.....	344

»A critical, independent and investigative press is the lifeblood of any democracy. The press must be free from state interference. It must have the economic strength to stand up to the blandishments of government officials. It must have sufficient independence from vested interests to be bold and inquiring without fear or favour. It must enjoy the protection of the constitution, so that it can protect our rights as citizens« (Nelson Mandela 1994).

## EINLEITUNG

Freie und unabhängige Medien werden als wichtiger Bestandteil funktionierender Demokratien angesehen. Zu ihnen gehören dem Konzept nach auch die Community Radios, die im Fokus dieser Arbeit stehen. Den partizipativ organisierten Community Radios, die in zivilgesellschaftlichen Bewegungen verankert sein sollen (vgl. WSIS 2003: 15), wird dabei ebenso wie zivilgesellschaftlichen Akteuren weitgehend undifferenziert ein demokratieförderndes Potenzial zugeschrieben. Hier soll dieser Annahme in einem Umfeld nachgegangen werden, welches sich noch in der zivilkulturellen, demokratischen Konsolidierung befindet.

Der Begriff *Community* appelliert an Ähnlich- und/oder Gemeinsamkeiten. Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang stellt sich gleich zu Beginn, nämlich, ob es diese Gemeinsamkeiten in der Realität tatsächlich gibt und ob sich daraus ein verbindendes Element für die Arbeit im Radiosender ableiten lässt. Im Sinne des Community-Radio-Konzepts wäre dies idealerweise ein gemeinsames Interesse über das Medium Radio an gesellschaftlichen und/oder politischen Diskursen teilzunehmen.

Trotz einer konstant hohen Nutzungszeit findet das Radio in der medienwissenschaftlichen Forschung und Lehre vergleichsweise wenig Beachtung. Dabei hat – gerade in den weniger entwickelten Ländern dieser Welt – das Radio einen besonderen Stellenwert: Zum einen wegen der im Vergleich zu Fernsehen und Printmedien kostengünstigeren Produktion und einfacheren Handhabung, zum anderen wegen seiner mündlichen Übertragung, die es angesichts hoher Analphabetenraten in vielen Gesellschaften und Kulturen eine wichtige und emanzipatorische Rolle mit Blick auf Zugang zu Informationen, juristische Aufklärung und bei der Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen spielen lässt (vgl. Settekorn/Kannengießer 2007: 10).

Es davon ausgegangen, dass sich die demokratisierende Wirkung eines partizipativ organisierten Community Radios vor allem bei den Akteuren im täglichen Sendebetrieb durch den Erwerb von Medienkompetenzen sowie durch die Auseinandersetzung über inhaltliche und organisatorische Fragen entfaltet. Die

Auswirkungen des Programms bei den Hörern sind grundsätzlich schwer nachzuweisen, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch andere Medien genutzt wurden. Sie können aufgrund fehlender belastbarer Zahlen im Untersuchungsland zudem nicht belegt werden. Die Hörerschaft wird daher vor allem über ihre Beteiligung am Programm in die Untersuchung miteinbezogen.

Zudem wird angenommen, dass sich Community Radios für politische Partizipation in besonderer Weise eignen. Hier wird in lokalen Arenen agiert, das Engagement macht eine Anwesenheit vor Ort erforderlich. Anders als im Internet müssen die Aushandlungsprozesse von Angesicht zu Angesicht geführt werden. Ein respektvolles Miteinander im Entstehen für die gemeinsame Sache ist ein normativer Anspruch an die partizipative Medienarbeit, welcher sich in Radiostationen leichter entwickeln kann.

Mit der neuen seit 1997 geltenden Verfassung verbinden sich hohe Ansprüche an die südafrikanische Gesellschaft, insbesondere in Bezug auf Antidiskriminierung, die nicht nur die Hautfarbe betreffend geregelt ist, sondern auch andere Gruppen einschließt, die bisher wegen ihres Glaubens, ihrer sexuellen Neigungen, ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft benachteiligt wurden. Damit stellen sich Herausforderungen an die Akteure in den Stationen, nicht nur mit Blick auf die Aufarbeitung in der Vergangenheit erlebter Ungerechtigkeiten, sondern auch in der Auseinandersetzung mit autoritären Strukturen mancher afrikanischer Traditionen und Kulturen. Diese Anforderungen werden insbesondere an diejenigen gestellt, die aufgrund eines bisher mangelnden Zugangs zu Bildung und Information dafür am wenigsten gerüstet zu sein scheinen. Die Gefahr einer aus Überforderung entstehenden Frustration ist dabei nicht zu unterschätzen. Aufgrund der unvollständigen Transformation des südafrikanischen Mediensystems haben sich die Akteure zusätzlich mit (medien-)politischen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen, die nicht den eingangs zitierten Anforderungen Mandelas entsprechen und eine Umsetzung des Community-Radio-Konzepts erschweren.

Die Entwicklung der Community Radios in Südafrika begann mit ersten illegalen Sendungen zu Beginn der 1990er Jahre und ist mit Blick auf die Institutionalisierung auf dem afrikanischen Kontinent beispiellos. Die Untersuchung dieser Stationen und ihres möglichen Beitrags zur Demokratisierung in einem Land, in dem das Radio im Untersuchungszeitraum noch als meistgenutztes Massenmedium galt, in dem Community Radios als dritte Säule des Mediensystems etabliert sind und welches sich seit 1997 in der zivilkulturellen Konsolidierung der Demokratie befindet, erscheint als besonders fruchtbar für die Beschreibung der Chancen und Grenzen dieses partizipativen Medientyps.

Dafür wurde die Organisation von fünf ausgesuchten Community Radios beschrieben und untersucht, inwiefern diese dazu beiträgt, innerhalb ihrer selbst demokratische Kompetenzen durch *zivilgesellschaftliches Engagement* zu erwerben und zu entwickeln. Die Auswahl wurde auf Grund der Definition als geographische bzw. Interessen-Communities unter Berücksichtigung der je nach Region

bedingten erheblichen sozialen Unterschiede getroffen. Die ausgewählten Stationen befinden sich in der Provinz Eastern Cape in einem Umkreis von ca. 200 km von East London.

Der Fokus der Untersuchung richtete sich auf die Stationen selbst und vor allem auf deren Mitarbeiter. Es wurden Leitfadeninterviews mit den verantwortlichen Leitern der fünf ausgewählten Stationen wie auch – soweit möglich – mit je einem dort tätigen Volunteer geführt. Vor allem eine Gruppendiskussion mit Leitern von weiteren Stationen aus der Provinz hat gezeigt, wie schwer sich nicht nur die untersuchten Stationen mit der Umsetzung des Community-Radio-Konzepts tun. Somit konnten Erfahrungen aus neun von achtzehn Radiostationen am Eastern Cape berücksichtigt werden. Es handelt sich um eine Momentaufnahme zum Zeitpunkt der Forschung (vgl. Flick 2000: 255). Die fünf Stationen wurden im November/Dezember 2011 besucht; aus dieser Zeit stammt auch das gesamte in dieser Arbeit verwendete Datenmaterial. Die ausgewählten Stationen haben mit unterschiedlichen Herausforderungen zu kämpfen, dennoch eint sie alle das Bestreben in derselben südafrikanischen Provinz unter vergleichbaren medienpolitischen Rahmenbedingungen, ein Konzept mit Anspruch auf eine demokratierelevante Wirkung umzusetzen. Dieser Anspruch gilt gleichermaßen für die Mitarbeiter in den Stationen wie auch für die Hörer. Die Stationen wählen für die Umsetzung jedoch unterschiedliche Methoden und Herangehensweisen.

Community Radios haben mit Fluktuation der Mitarbeiter und mit einer oft nur schwer zu realisierenden Nachhaltigkeit ihrer Arbeit zu kämpfen. Daher wurden neben den Leitfadeninterviews auch Dokumente wie Satzungen, Leitfäden, Lizenzen, Sendeschemata etc. gesammelt, die bestimmte Regeln für den Sendebetrieb festhalten und deren Inhalte ebenfalls in die Untersuchung mit eingeflossen sind. Community Radios bieten laut Konzept allen Mitgliedern der Community einen Zugang zum Medium. Sie werden hier sowohl als mögliche Plattform für den Austausch und die Verbreitung von Ideen betrachtet wie auch als Orte untersucht, an denen eine Förderung der Demokratie durch *zivilgesellschaftliches Engagement* ermöglicht wird.

Die Untersuchung gliedert sich in zwei Teile. Der Annahme folgend, dass nur nach außen vermittelt werden kann, was innerhalb der Stationen aus Überzeugung umgesetzt wird, wurden deduktiv aus den charakteristischen Merkmalen der Community Radios sowie den normativen Ansprüchen an ein *zivilgesellschaftliches Engagement* in partizipativen Medien zunächst fünf Kategorien hergeleitet. Diese sind: Partizipation, Transparenz, Medienkompetenz, Programmentwicklung und Bezug zur Community. Im ersten Teil der Untersuchung wurden Dokumente anhand dieser fünf Kategorien ausgewertet, um Hinweise auf geregelte Verfahren zu bekommen, die ein *zivilgesellschaftliches Engagement* in den Stationen ermöglichen. Im zweiten Teil sollte mittels qualitativer Daten aus den Interviews und einer Gruppendiskussion herausgefunden werden, wie die Mitarbeiter in den Stationen mit diesen Rahmenbedingungen umgehen, wie sie ihr Engagement erleben und einschätzen. Auch hier erfolgte die Auswer-

tung anhand der oben benannten Kategorien, die zudem die Themenkomplexe des Interviewleitfadens darstellten. Während es im ersten Teil also um strukturelle Voraussetzungen geht, sollen im zweiten Teil mögliche Widersprüche beleuchtet werden, die sich in der Auseinandersetzung der Akteure mit diesen Idealvorstellungen von *zivilgesellschaftlichem Engagement* sowie der partizipativen Medienarbeit in Community Radios in der Realität des täglichen Sendeberriebs ergeben.

Ziel dieser qualitativen Studie ist es, die Chancen und Grenzen der partizipativen Medienarbeit unter den vorherrschenden Bedingungen auszuloten. Somit geht es darum wertfrei herauszufinden, ob und wie die Umsetzung der beiden zugrunde gelegten Konzepte (zivilgesellschaftliches Engagement und Community Radio, s. Kapitel 1 und 2) in der ausgewählten Region in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen gelingt bzw. den selbst gesetzten Ansprüchen genügt und gegebenenfalls mögliche Gründe für die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realisierung zu benennen.

Der Arbeit liegen zwei europäisch geprägte Konzepte zugrunde, die nicht im Untersuchungsland entstanden und verwurzelt, sondern eher mit den Herkunftsländern der ehemaligen Kolonialmächte verbunden sind. Dem möglichen Einwand der Dominanz westlich geprägter Kulturen und der damit einhergehenden Zurückweisung kultureller Traditionen aus anderen Regionen (vgl. Abels et al. 2004: 3) wird hier auf zweifache Weise begegnet. Zum einen gilt Südafrika als institutionell demokratisiertes Land. Man könnte argumentieren, der ›Schaden sei bereits angerichtet‹, weil hier westliche Vorstellungen und Ansprüche übernommen wurden. Im dritten Kapitel wird die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure in der Transformation beschrieben, um deutlich zu machen, dass sich Menschen in Südafrika unabhängig von ihrer Hautfarbe und Herkunft für diese Ideale eingesetzt haben. Die normativen Ansprüche an die *Zivilgesellschaft* wie auch an die Arbeit in den Community Radios, soweit sie hier formuliert werden, sind aus der südafrikanischen Verfassung und aus den südafrikanischen Broadcasting Acts abgeleitet. Sie sind somit in Gesetzestexte gegossen und besitzen Gültigkeit für alle Südafrikaner. Die Fragestellung befasst sich daher – und dies stellt die zweite Herangehensweise dar – mit dem Erleben dieser normativen Ansprüche an *zivilgesellschaftliches Engagement* und deren Einordnung durch die Akteure in ihrem Sendealltag. Das Engagement ist laut der geltenden Gesetzestexte an der Entwicklung der jeweiligen Community ausgerichtet.

Der lokale und individuelle, in eigener Verantwortung wahrgenommene Einsatz der Akteure in den Radiostationen soll als *zivilgesellschaftliches Engagement* mit entwicklungspolitischer Relevanz beschrieben werden. Die partizipative Medienarbeit bietet ein enormes Potenzial für die südafrikanische Demokratisierung. Diese Chancen sollen hier am Beispiel der untersuchten Radiostationen dargelegt, aber ebenso die Grenzen benannt und die Herausforderungen herausgearbeitet werden, mit denen sich die Radiomacher täglich auseinandersetzen haben.

# 1 ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT DURCH MEDIEN

Demokratische Rahmenbedingungen tragen stärker zu einer erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung bei als autokratische Systeme. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie von Siegle et. al 2004. Als wichtiger Bestandteil einer Demokratie gelten die Meinungs- und Pressefreiheit, die Transparenz schaffen und Partizipation fördern sollen. Meinungs- und Pressefreiheit können somit als wichtige Instrumente bezeichnet werden, um demokratische und wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben (vgl. Puschra 2005: 7). Weiland stellte 2005 fest, dass einmal begonnene Demokratisierungsprozesse in vielen entwicklungspolitischen Partnerstaaten in ihren Konsolidierungsprozessen stecken geblieben sind.

»Obwohl Parlamente, Parteien und Gerichtshöfe existieren, ja sogar regelmäßig Wahlen abgehalten werden, fehlt es an einer politischen Kultur, die den Institutionen einen demokratischen Geist der kritischen Partizipation, Mitverantwortung und Kontrolle verleiht« (ebd., 14).

Er nennt mangelnden Bildungsstand, autoritäre politische Traditionen im Land, das wenig ausgeprägte Bedürfnis nach pluralen Informationsquellen und mehr Transparenz sowie ein erfolgreiches Arbeiten der Machteliten gegen das Entstehen einer aktiven *Zivilgesellschaft* und lebendiger, unabhängiger Medien als mögliche Gründe.

Inhe (2005: 8) sieht in der Entstehung der so genannten *Informations- und Wissensgesellschaft* das deutlichste Zeichen einer mediatisierten Welt, auf das Weltbank, die Vereinten Nationen sowie die Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) in den vorangegangenen Jahren mit Konzepten reagierten, die zur Unterstützung der demokratiefördernden Rolle von Medien beitragen sollten. In diesem Zusammenhang geraten die Community Medien verstärkt in den Fokus, die laut Konzept als unabhängige Medien lokal und in zivilgesellschaftlichen Bewegungen verankert sein sollen (vgl. WSIS 2003: 15)

Es scheint als gesetzt zu gelten, dass partizipativ organisierte Community Medien eine wichtige Rolle in der heutigen *Informations- und Kommunikationsgesellschaft* übernehmen, weil hier ein gesellschaftlicher Dialog bei gleichzeitigem Einsatz der Mitarbeiter für marginalisierte und schwache Gesellschaftsgruppen stattfinden kann (ebd.). Dass dieses demokratiefördernde Engagement nicht grundsätzlich vorausgesetzt werden kann, haben jedoch nicht zuletzt die Erfahrungen mit Hetzsendungen in lokalen Radiostationen in Ruanda gezeigt (vgl. Häusermann 1998: 34).

Der Begriff *Informationsgesellschaft* wird laut Meier (2003: 36) zudem vor allem von Politik und Wirtschaft favorisiert und bekommt so eine »herausragende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung«. Meier wirft im Folgenden Politikern und Wissenschaftlern vor, dass sie nicht kritisch auf die vorherigen Erfahrungen blicken. Sie versuchen s. E., ihre Vorstellung von einer demokratisierten Gesellschaft aufrechtzuerhalten, die allein durch den Zugang zur Kommunikationstechnologie erreicht werden kann. Ein freier Zugang zu Informationen und Medien soll in dieser Argumentation zu mehr politischer Partizipation und zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führen. Ob insbesondere die neuen Kommunikationstechnologien tatsächlich diese Wirkung entfalten, liegt jedoch in der Verantwortung derjenigen, die für die medienrechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zuständig sind, sowie den Anbietern und den Nutzern. Der technische Zugang schafft allein die Voraussetzung, kann aber nicht gewährleisten, dass der Prozess auch gelingt.

In diesem Sinne kritisieren auch Abels et al. (vgl. 2004: 3) die Konzentration der globalen Medienkonzerne und die mit der Entwicklung neuer *Informations- und Kommunikationstechnologien* (IKT) einhergehende Medienkonvergenz, die gerade nicht zu den vielfach prognostizierten hierarchieärmeren und demokratischeren Gesellschaften geführt, sondern vielmehr neue Ungleichgewichte und Asymmetrien zur Folge hätte. Wenn der Aussage zugestimmt wird, dass Medien in immer größerem Ausmaß die Möglichkeiten von politischer Teilhabe bestimmen (vgl. Bürger/Dorn-Fellermann 2014: 41), so stellt sich die Frage des Zugangs zunächst im Sinne von Rezeption, also des Zugangs zu Informationen als Voraussetzung für eine politische Partizipation. Bei Community Medien geht es darüber hinaus um »den aktiven Zugang zu Medien, d.h. die Möglichkeit eigene Informations- und Kommunikationsstrukturen aufzubauen, bzw. bestehende nutzen zu können« (Jannusch 2005: 11).

Vertreter partizipatorischer Demokratietheorien beschreiben politische Beteiligung als »Teilnehmen, Teilhaben und seinen-Teil-Geben einerseits und innerer Anteilnahme am Geschehen und Schicksal des Gemeinwesens andererseits« (Schmidt 2000: 251). Dabei werden konzeptionell unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, die sich durch eine mehr oder weniger starke Ausprägung partizipatorischer Elemente unterscheiden. Als Basis gelten in allen beteiligungszentrierten Demokratietheorien das Recht auf Partizipation sowie Mitsprache, Mitwirkung, Mitbestimmung und mitverantwortliche Selbstbestimmung (vgl. Bürger/Dorn-Fellermann 2014: 43 f.).

In der Medienentwicklungszusammenarbeit besteht laut Jannusch (vgl. 2005: 11) weitgehend Einigkeit, dass Medieninitiativen zivilgesellschaftlicher Akteure besonders gefördert werden sollen. Deren nicht gewinnorientierte Medien werden demnach vielerorts als einzige Alternative zu staatlich gelenkten und rein kommerziell ausgerichteten Medien angesehen. Insbesondere in ländlichen Regionen komme den Community Radios eine wichtige Funktion bei der Partizipa-

tion an politischen Prozessen zu. Die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure mit Medieninitiativen sollte daher bevorzugt gefördert werden.

Die Auseinandersetzung mit den Konzepten *Zivilgesellschaft* und *zivilgesellschaftlichem Engagement* hat gerade in den vergangenen Jahren noch einmal an Bedeutung gewonnen. Zu Beginn des Jahres 2011 sorgten die Entwicklungen im Nahen Osten für einen fast inflationären Gebrauch dieser Begriffe. Die Popularität des Begriffs und der Glaube, dass sämtliche Krisen – seien sie nun politischer, ökonomischer oder sozialer Natur – durch eine Stärkung der *Zivilgesellschaft* gelöst werden könnten, führen jedoch dazu, dass die Begriffe zunehmend an Trennschärfe verlieren (vgl. Britz/Kampits 2003: 11).

Laut Bauerkämper/Gosewinkel/Reichardt (2006: 28 f.) wurde er seit der frühen Neuzeit vor allem durch die Abgrenzung zu einem eher vage definierten Feindprinzip beschrieben, welches sich darüber hinaus über die Jahrhunderte gewandelt habe. War dies in der frühen Neuzeit noch der Fanatismus bzw. die Barbarei, so grenzen heute amerikanische Kommunitaristen *Zivilgesellschaft* gegen *Individualisierung* und *Atomisierung* ab, die Globalisierungsgegner diese gegen den *Turbokapitalismus* und neoliberale Denker gegen den *Wohlfahrtsstaat*, um nur einige Beispiele zu nennen (ebd.). Damit wird deutlich, dass heute sehr unterschiedliche politische Programme mit diesem Begriff verbunden werden.

## 1.1 ZIVILGESELLSCHAFT: PROBLEMATIK DES KONZEPTS

Das Konzept *Zivilgesellschaft* hat in der über 2000-jährigen wissenschaftlichen Diskussion in seiner Bedeutung und Interpretation eine beachtliche Wandlung erfahren, auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen wird (ausführlich dazu s. Schmidt 2007; Adloff 2005; Klein 2001). Stattdessen soll die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure in demokratischen Transformationsprozessen sowie der Zusammenhang von *Zivilgesellschaft* und Medien betrachtet werden, um daraus eine Definition für zivilgesellschaftliches Engagement in partizipativen Medien abzuleiten.

Es gibt unterschiedliche Standpunkte in der Zivilgesellschaftsforschung, ab welchem Zeitpunkt eine Beschäftigung mit diesem Begriff sinnvoll erscheint. Während die einen erst mit der eigenständigen Formation neben und unabhängig vom Staat, also dem späten 18. Jahrhundert, beginnen wollen, sehen andere eine Entwicklung hin zu dieser Scheidelinie sowie einen zentralen Strang innerhalb der Zivilgesellschaftsdebatte. Diese sei wichtig für das Verständnis des Menschen als soziales Wesen, das sich für das Gemeinwesen engagiert, also des bereits in der Antike beschriebenen *zôon politikón* (vgl. Schmidt 2007: 21). Bürgerliches Engagement und Selbstverantwortung galten von Beginn an als zentrale Handlungsweisen innerhalb der *Zivilgesellschaft*. In der Auseinanderset-

zung mit dem Begriff haben sich normative und deskriptive Aspekte besonders mit Blick auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat vermischt (vgl. Betz 2005: 10, Schmidt 2007: 16). Je nach Protagonisten gibt es bei dieser – lange Zeit vor allem in Europa – geführten Auseinandersetzung deutlich unterscheidbare Schwerpunkte und Funktionszuschreibungen. Der gesellschaftlich-historische Kontext, die politische Autorität und die Bedeutung der privaten und öffentlichen Sphäre setzten die Zivilgesellschaftskonzepte teils erheblichen Schwankungen aus (vgl. Betz 2005: 10).

Auf die sehr kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die im Angesicht der sich nach dem Ersten Weltkrieg herausbildenden, totalitären Systeme vor allem die diesem Begriff inhärenten Ambivalenzen verdeutlichte, folgte eine sehr lebhaft Diskussions, die in den 1970er Jahren ihren Anfang in Ostmitteleuropa nahm (vgl. Schmidt 2007: 26 f.). Seither steht *Zivilgesellschaft* im Zusammenhang mit Demokratisierung zunächst in Osteuropa und Lateinamerika, später auch in Teilen von Asien und in Afrika für eine öffentlich diskutierte und damit bessere Regierungsführung, nachhaltige politische und soziale Reformen, lebendige Beziehungen zwischen Gesellschaft und Staat sowie Staat und Wirtschaft und gilt damit nicht zuletzt auch als Garant gegen den Rückfall in autoritäre bzw. undemokratische Zustände (vgl. Betz 2005: 7). In dieser unter anderen Vorzeichen geführten Diskussion wie auch in der angelsächsischen Politikwissenschaft, in der Keane 1988 für eine Renaissance des Begriffs *Civil Society* sorgte, wurden einige Fragen wieder aufgenommen, die schon in früheren Zivilgesellschaftskonzepten eine Rolle gespielt hatten. Neben der Frage nach der Gewaltanwendung zum Schutze der Zivilgesellschaft ging es um die Trennlinie zwischen Staat und *Zivilgesellschaft*, normativen Anforderungen, die an bürgerschaftliches Engagement und die zivilgesellschaftlichen Akteure gestellt werden, Freiheit und die Grenzen, die eine *Zivilgesellschaft* braucht bzw. verträgt und Zugehörigkeit zur *Zivilgesellschaft* (vgl. Schmidt 2007: 16 f.).

Mit der Jahrtausendwende wurde der Begriff in der Wissenschaft zunehmend in seiner globalen Dimension wahrgenommen. Die weltweiten Verflechtungen und die Bedeutung der *Zivilgesellschaft* für die Stabilisierung der Gesellschaft rückten stärker ins Blickfeld (vgl. ebd.: 27). Wie oben bereits angemerkt, werden heute sehr unterschiedliche politische Programme mit dem Begriff in Verbindung gebracht. Häufig synonym verwendete Begriffe wie *zivile Gesellschaft*, *Bürgergesellschaft* oder *bürgerliche Gesellschaft* sorgen darüber hinaus im deutschen Sprachraum für Verwirrung.